

Kreistag des Landkreises Altenburger Land

Niederschrift

KT/032/2019

der 32. Sitzung des Kreistages des Landkreises Altenburger Land – **öffentlicher Teil**
- am Mittwoch, dem 06.02.2019, im Landratsamt Altenburger Land, Lindenaustraße
9, 04600 Altenburg, Landschaftssaal

Anwesenheit:

Landrat

Melzer, Uwe

Fraktion CDU

Apel, Michael

Backmann-Eichhorn, Kathrin

Golder, Barbara

Greunke, Marcel

Gumprecht, Christian

Horny, Hans-Joachim, Dr.

Hummel, Thomas

Lorenz, Kathrin

Neumann, Andre

Nündel, Thomas

Reinboth, Gerd

Ronneburger, Jürgen

Tanzmann, Frank

Ungvari, Johannes

Zippel, Christoph

Fraktion SPD

Helbig, Carsten

Läbe, Hendrik

Prehl, Ingo

Schemmel, Volker

17:34 bis 17:37 Uhr abwesend (TOP 8)

Scholz, Wolfgang

Schrade, Sven

Schubert, Hartmut, Dr.

ab 17:10 Uhr

Schwerd, Dirk

Stange, Steffen

Wolf, Michael

Fraktion Die Linke. Altenburger Land

Burkhardt, Bernd

Dütsch, Brigitte

Eißing, Mandy

Fache, Sabine

Hübschmann, Klaus

Keller, Katja

Klaubert, Jana

Plötner, Ralf

Tempel, Frank

ab 17:22 Uhr

Fraktion Die Regionalen

Bugar, Hans-Peter

Kühn, Steffen
Liefländer, Klaus-Peter

FDP (fraktionslos)

Heitsch, Hans-Jürgen
Hermann, Rolf

hauptamtl. Beigeordneter

Bergmann, Matthias

Geschäftsführer

Bog, Stephan
Bonert, Tatjana

GF ThüSac
GF ThüSac

Fachbereichsleiter

Nowosatko, Dirk
Thieme, Ronny
Wenzlau, Bernd

Fachdienstleiter

Boße, Ludger
Heiner, Jens
Kopplin, Wolfgang
Lorenz, Ralph
Schmutzler, Frank
Wiegner, Steffen

Schrifführung

Gabler, Kerstin
Kamprad, Katleen

weitere Teilnehmer

Erhardt, Luise
Fritzsche, Ronny
Strahlendorf, Andreas

Gäste

Bosse, Ines, Prokuristin der ThüSac GmbH
einige Mitarbeiter der ThüSac GmbH
Martina Pleuse
Moritz Pleuse
Christian Wampfler
Andreas Sickmüller
Benno Knoth

sowie Fachdienstleiter und weitere Mitarbeiter des Landratsamtes, Vertreter der Presse und weitere Zuhörer.

Entschuldigt fehlen:

Fraktion SPD

Große, Claudia

Fraktion Die Linke.Aaltenburger Land

Bergner, Peter
Börngen, Klaus
Herzmoneit, Bernd

Fraktion Die Regionalen

Reimann, Thomas
 Schleicher, Wolfgang
 Ulich, Antje

Vorsitz: Christian Gumprecht
Schriftführung: Kerstin Gabler, Katleen Kamprad
Beginn der Sitzung: 17:03 Uhr
Ende der Sitzung: 18:33 Uhr

Verlauf der Sitzung:

Der Vorsitzende, Herr Gumprecht, eröffnet die 32. Sitzung des Kreistages und begrüßt die Anwesenden. Er stellt fest, dass die Mitglieder ordnungsgemäß geladen wurden und Beschlussfähigkeit besteht. Die folgende Tagesordnung wird einstimmig bestätigt.

Tagesordnung:**Drucksachen Nr.**

- | | | |
|-----|--|-----------------|
| 1 | Einwohnerfragestunde | |
| 2 | Genehmigung der Niederschrift über die 31. Sitzung vom 05. Dezember 2018 | |
| 3 | Verschiedenes | |
| 3.1 | Informationen des Landrates | |
| 3.2 | Anfragen aus dem Kreistag | |
| 4 | Vergabe von öffentlichen Personenverkehrsdiensten auf der Straße nach der Verordnung (EG) Nr. 1370/2007 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23.10.2007 über öffentliche Personenverkehrsdienste auf Schiene und Straße | KT-DS/0311/2018 |
| 5 | Berufung der Gruppe der Mitglieder des Kreistages des Landkreises Altenburger Land für den "Beirat für Integrierte Sozialplanung" | KT-DS/0312/2019 |
| 6 | Feststellung der Jahresrechnung 2013 des Landkreises Altenburger Land | KT-DS/0314/2019 |
| 7 | Feststellung der Jahresrechnung 2014 des Landkreises Altenburger Land | KT-DS/0315/2019 |
| 8 | Schlussbericht des Fachdienstes Rechnungsprüfung über die örtliche Prüfung der Jahresrechnungen 2013 und 2014 für den Landkreis Altenburger Land | KT-DS/0313/2019 |
| 9 | Fortschreibung des bestehenden Schulnetzplanes für die allgemein bildenden Schulen in Trägerschaft des Landkreises Altenburger Land (Zeitraum 2014 bis 2019) für den Planungszeitraum 2019 bis 2020 | KT-DS/0316/2019 |
| 10 | 2. Vereinbarung zur Änderung der Vereinbarung vom 28. Januar 2016 mit dem Tourismusverband Altenburger Land e. V. | KT-DS/0317/2019 |

TOP 1 Einwohnerfragestunde

Der Vorsitzende Herr Gumprecht fragt, ob es seitens der anwesenden Gäste Fragen an den Landrat gibt. Es werden keine Anfragen gestellt.

TOP 2 Genehmigung der Niederschrift über die 31. Sitzung vom 05. Dezember 2018

Änderungswünsche zur Niederschrift gibt es keine.

Die o. g. Niederschrift wird mit 34 Ja-Stimmen bei einer Enthaltung genehmigt.

TOP 3 Verschiedenes

TOP 3.1 Informationen des Landrates

Herr Melzer benennt die Unterlagen, welche den Kreistagsmitgliedern heute in Ihnen Mappen vorliegen:

- Eine Mappe mit aktuellen Informationen zum Tourismusverband Altenburger Land, wo die Aktivitäten des Verbandes aufgezeigt werden.
- An die Fraktionsvorsitzenden wurde eine Anwesenheitsstatistik der Fraktionsmitglieder in den Ausschüssen und im KT verteilt.
- An die Ausschussvorsitzenden wurden Anwesenheitsstatistiken der Ausschussmitglieder in den Ausschüssen verteilt.
- Auf Wunsch von Kreistagsmitgliedern wurde eine Übersicht/politische Karte des Landkreises Altenburger Land mit Wirkung ab dem 01. Januar 2019 ausgelegt.
- Der Entwurf des Integrationskonzeptes liegt heute vor. Dazu wird Herr Strahlendorf im Anschluss weitere Ausführungen machen.
- An die Fraktionsvorsitzenden wurde die Zeitschiene für die Kreistagssitzungen im 2. Halbjahr verteilt.
- Mit Posteingang vom 04. Februar 2019 liegt nun die Haushaltswürdigung für den Haushalt 2019 vor. Dieses Schreiben wurde an die Fraktionsvorsitzenden verteilt. Der Haushalt wird am 09. Februar 2019 im Amtsblatt bekannt gemacht und die Verwaltung befindet sich ab der nächsten Woche nicht mehr in der haushaltslosen Zeit.

Weiter informiert Herr Melzer darüber, dass seit längerem wieder eine Ausstellung im Lichthof zu sehen ist. Die Ausstellung zeigt die Entstehungsgeschichte der Oper OEDIPE und ist ab dem 07. Februar für die Öffentlichkeit zugänglich. Die Premiere der Oper findet am 24.02.2019 statt und an diesem Tag wird auch der Rumänische Botschafter im Landkreis/Landratsamt sein.

Herr Melzer stellt fest, dass es in den Medien die Information gab, dass der Landkreis Fördermittel für das Lerchenberggymnasium und die Sporthalle in Rositz bekommen hat. Er stellt daraufhin klar, dass der Landkreis bisher nur die Aufforderung erhalten hat, Fördermittelanträge zu stellen. Es handelt sich dabei um ein dreistufiges Verfahren. Man geht davon aus, dass die Gelder fließen, jedoch muss zuerst der entsprechende Antrag gestellt werden.

Herr Melzer übergibt das Wort an den Integrationsmanager Herrn Strahlendorf.

Herr Strahlendorf begrüßt die Kreistagsmitglieder und erklärt, dass er sich vor drei Monaten dem Kreistag vorgestellt und einen Vorschlag für ein Integrationskonzept versprochen hat. Dieses Rahmenkonzept liegt heute allen Anwesenden als Diskussionsgrundlage vor. Es beschreibt was Integration im Altenburger Land sein kann und welche Handlungsfelder sich daraus ergeben. Integration wird zunehmend im Sinne gleichberechtigter Teilhabe verstanden: ökonomisch, kulturell, sozial.

Herr Strahlendorf möchte das Rahmenkonzept in den nächsten Wochen in den Ausschüssen und im Migrationsbeirat vorstellen und diskutieren. Die Ergebnisse werden dann bis zur nächsten Kreistagssitzung in die Fortschreibung des Integrationskonzeptes einfließen.

Ergänzend zu der vorliegenden Beschreibung der politischen Zielvorstellung, möchte er in diesem Jahr mit den Akteuren der Integration gemeinsam smarte Ziele/konkrete Handlungsempfehlungen erarbeiten.

Dazu wünscht sich Herr Strahlendorf die Unterstützung der Kreistagsmitglieder durch ein starkes Votum für das Integrationsrahmenkonzept als politische Leitlinie im Altenburger Land.

Seitens der Kreistagsmitglieder gibt es keine Fragen an Herrn Strahlendorf.

TOP 3.2 Anfragen aus dem Kreistag

Herr Gumprecht übergibt das Wort an Herrn Schrade.

Herr Schrade verliest folgende Fragen und bittet um schriftliche Beantwortung.

1. Die Stadt Schmölln musste vor einigen Jahren – sicherlich aus nachvollziehbaren Gründen – die Schließung der Geschäftsstelle der Agentur für Arbeit zur Kenntnis nehmen. Auf Grund der Entwicklung der Arbeitslosigkeit war dies teilweise nachvollziehbar. Jedoch darf sich eine Bundesbehörde bzw. ein Jobcenter nicht aus der Fläche zurückziehen. Nun scheinen die Agentur und das Jobcenter die Schließung des örtlichen Berufsinformationszentrums (BIZ) in Altenburg zu planen. Nach vorliegenden Informationen von Betroffenen ist das BIZ auf Grund von Personalengpässen teilweise geschlossen. **Was ist dem Landrat als Vorsitzender der Trägerversammlung davon bekannt und was wird er dagegen unternehmen? Was hätte dies für Folgen für Schülerinnen und Schüler sowie Arbeitssuchende aus dem Altenburger Land?**

2. Die Erstattung der Kosten der Unterkunft (KdU) im Landkreis wurde durch eine Richtlinie des Kreistages geregelt. Auf Grund von rechtlichen Schwierigkeiten und Urteilen der Sozialgerichte (nähere Informationen siehe Anlage) wird dazu ein sogenanntes schlüssiges Konzept angewandt. Nun hat im Januar 2019 das Bundessozialgericht im Rahmen einer Sammelverhandlung deutschlandweit die Rechtmäßigkeit der Konzepte in Frage gestellt. **Was ist dem Landkreis hierzu bekannt? Was hat dies insbesondere auf die Verwaltungspraxis für Auswirkungen? Ist im Hinblick auf den Kreishaushalt mit einer Kostensteigerung zu rechnen?**

Herr Melzer antwortet auf die Frage zum BIZ, dass er mit Frau Praetz (GF des Jobcenters) gesprochen hat und es nicht an dem ist, dass es geschlossen wird. Das BIZ wird erhalten bleiben. Herr Melzer wird diesbezüglich jedoch nochmal mit Frau Praetz Rücksprache halten und die Frage schriftlich beantworten.

Zur KDU-Richtlinie sagt Herr Melzer, dass gerade noch diskutiert wird, welche Auswirkungen es für den Landkreis geben würde. Die Richtlinie wird derzeit geprüft. Über die Auswirkungen und die weitere Vorgehensweise wird zu gegebener Zeit im Kreistag informiert.

In der KTS vom 29. August 2018 stellte Herr Tempel eine Anfrage zum Lehrermangel an den Schulen. Diese wurde am 05. Dezember 2018 im Kreistag beantwortet, jedoch lagen seitens des Schulamtes keine entsprechenden Unterlagen vor. Mit Schreiben vom 02. Januar 2019 wurde das Schulamt erneut angeschrieben und am 29. Januar, im Rahmen der Verabschiedung der Schulleiterin in Meuselwitz, mündlich auf die Anfrage hingewiesen. Bislang gab es jedoch noch keine Antwort.

Herr Plötner fragte in der KTS am 24. Oktober 2018 nach der Barrierefreiheit in den Verwaltungsgebäuden. Die Beantwortung liegt den Fraktionsvorsitzenden schriftlich vor und wurde ins Kreistagsinformationssystem eingestellt.
Auf das Verlesen der Antworten wird verzichtet.

Eine Anfrage für die heutige Kreistagssitzung ist mit Schreiben vom 22.01.2019 durch die Fraktion DIE REGIONALEN eingegangen. Die Fragen beziehen sich auf die Renovierungs- und Instandsetzungsmaßnahmen an der Sporthalle und dem Erweiterungsbau des Seckendorff-Gymnasiums in Meuselwitz.

Herr Melzer verliest die Fragen sowie die entsprechenden Antworten.
Die Beantwortung wurde im Kreistagsinformationssystem eingestellt.

Eine weitere Anfrage von Herrn Prehl zum Thema Klärschlammaufkommen ist mit Schreiben vom 25. Januar 2019 im Büro Landrat eingegangen.
Hierzu gibt es ebenfalls eine schriftliche Antwort, welche im Kreistagsinformationssystem eingestellt wurde.

Herr Prehl erklärt, dass das Land Thüringen ein neues Sportförderungsgesetz hat. Er fragt an, ob es im Landkreis Sportverbände/-vereine gibt, die bei der Nutzung von kommunalen Einrichtungen Miete oder Nebenkosten zahlen müssen. Gleiches gilt auch für Sporteinrichtungen (Turnhallen, Schwimmhallen und Sportplätze) in kreislicher Trägerschaft.

Herr Melzer lässt dies prüfen.

Frau Dütsch bezieht sich auf die Anfrage von Herrn Tempel. Sie bewegt die noch nicht vorliegende Anfrage des Schulamtes. Sie fragt, was der Landkreis/der Landrat nun zu tun gedenkt und ob die Fraktionen unterstützend tätig werden können.

Herr Melzer erklärt, dass die Fraktionen gern beim Schulamt nachfragen könnten. Im Januar 2019 gab es eine weiterführende Beratung zum Thema Schulnetzplanung. Dort wurden die Regelschulen behandelt und die Referentin der Regelschulen war ebenfalls anwesend. Es wird seitens des Schulamtes nach Lösungen gesucht, dass der Unterricht stattfinden kann.

Herr Tempel macht Herrn Melzer keinen Vorwurf wegen der fehlenden Antwort. Jeder, der Kinder an den Schulen hat, weiß, wie viele Stunden ausfallen/Fächer nicht unterrichtet werden können, da es zu wenige Lehrer gibt. Es muss analysiert werden, wo das Problem liegt – fehlen ausgeschriebene Stellen oder fehlen die Bewerber. Es muss dafür gesorgt werden, dass die Kinder ordentlich unterrichtet werden.

Herr Gumprecht sieht die Zustimmung der anderen Kreistagsmitglieder und die Dringlichkeit des Themas.

Herr Melzer erklärt, dass es weiterhin Gespräche mit dem Ministerium und dem Schulamt geben wird. Es wird noch Termine mit den Gymnasien und den Grundschulen geben. Dort werden auch die Fragen immer wieder angesprochen werden.

Weitere Anfragen seitens der Kreistagsmitglieder gibt es nicht.

KT-DS/0311/2018**TOP 4 Vergabe von öffentlichen Personenverkehrsdiensten auf der Straße nach der Verordnung (EG) Nr. 1370/2007 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23.10.2007 über öffentliche Personenverkehrsdienste auf Schiene und Straße**

Herr Melzer führt aus, dass die Vorlage in den Ausschüssen bereits besprochen wurde. Normalerweise ist diesbezüglich für den nächsten Zeitraum öffentlich auszuschreiben. Es gibt jedoch Ausnahmetatbestände, sodass eine Direktvergabe des Landkreises an die THÜSAC bis 2030 möglich ist.

Weitere Wortmeldungen zu dieser Vorlage gibt es nicht.

Herr Gumprecht fragt nach den Beschlussempfehlungen der Ausschüsse:

Frau Klaubert informiert, dass der Ausschuss für Wirtschaft, Umwelt und Bau die Vorlage einstimmig zur Beschlussfassung empfiehlt.

Herr Nündel teilt mit, dass auch der Finanzausschuss die Vorlage einstimmig zur Beschlussfassung empfohlen hat.

Auch Herr Melzer erklärt, dass der Kreisausschuss die Vorlage einstimmig zur Beschlussfassung empfiehlt.

Der Kreistag fasst folgenden Beschluss:

Beschluss Nr. 297:

Der Kreistag beschließt:

1. Der Landkreis Altenburger Land beabsichtigt, den öffentlichen Dienstleistungsauftrag, öffentliche Personenverkehrsdienste auf der Straße im Gebiet des Landkreises Altenburger Land im Zeitraum vom 01.01.2021 bis 31.12.2030 zu erbringen, direkt an die THÜSAC Personennahverkehrsgesellschaft mbH, Industriestraße 4 in 04603 Windischleuba zu vergeben.
2. Der Landrat wird beauftragt, fristgerecht die erforderlichen Informationen zu der beabsichtigten Direktvergabe im Amtsblatt der Europäischen Union zu veröffentlichen.
3. Der Landrat wird beauftragt, dem Kreistag fristgerecht den Entwurf eines öffentlichen Dienstleistungsauftrages nach Maßgabe der Verordnung (EG) Nr. 1370/2007 für den Zeitraum vom 01.01.2021 bis 31.12.2030 mit der THÜSAC Personennahverkehrsgesellschaft mbH zur Entscheidung vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

Von den 47 beschließenden Mitgliedern des Kreistages waren zur Abstimmung 40 Mitglieder anwesend. Der Beschluss wurde einstimmig gefasst.

KT-DS/0312/2019**TOP 5 Berufung der Gruppe der Mitglieder des Kreistages des Landkreises Altenburger Land für den "Beirat für Integrierte Sozialplanung"**

Herr Gumprecht informiert, dass die Fraktionen die Namen für die Mitglieder im Beirat für Integrierte Sozialplanung bereits benannt haben. Diese sind für alle Anwesenden in der Präsentation ersichtlich.

Herr Gumprecht fragt, ob die Kreistagsmitglieder im Block abstimmen können oder eine Einzelabstimmung gewünscht wird. Eine Einzelabstimmung wird nicht gewünscht.

Der Kreistag fasst folgenden Beschluss:

Beschluss Nr. 298:

Der Kreistag beschließt die Berufung folgender Personen als Mitglieder bzw. Stellvertreter für den Beirat für Integrierte Sozialplanung:

Mitglied	Stellvertreter
Christian Gumprecht	Thomas Nündel
Marcel Greunke	Gerd Reinboth
Klaus Hübschmann	Sabine Fache
Ralf Plötner	Mandy Eißing
Ingo Prehl	Hendrik Läbe
Steffen Stange	Carsten Helbig
Klaus-Peter Liefländer	Hans-Peter Bugar

Abstimmungsergebnis:

Von den 47 beschließenden Mitgliedern des Kreistages waren zur Abstimmung 40 Mitglieder anwesend.

Der Beschluss wurde einstimmig gefasst.

KT-DS/0314/2019

TOP 6 Feststellung der Jahresrechnung 2013 des Landkreises Altenburger Land

Herr Gumprecht ruft die o. g. Drucksache auf.
Es gibt keine Fragen zur Vorlage.

Herr Tanzmann informiert, dass der Jugendhilfeausschuss die Annahme der Vorlage einstimmig empfiehlt.

Herr Zippel teilt mit, dass der Ausschuss für Schule, Kultur und Sport die Vorlage einstimmig zur Beschlussfassung empfiehlt.

Frau Klaubert informiert, dass der Ausschuss für Wirtschaft, Umwelt und Bau die Vorlage ebenfalls einstimmig empfohlen hat.

Herr Nündel informiert, dass auch der Finanzausschuss der Vorlage einstimmig zugestimmt hat.

Herr Prehl äußert, dass der Ausschuss für Soziales und Gesundheit die Annahme empfiehlt.

Herr Melzer teilt mit, dass der Kreisausschuss die Vorlage einstimmig zur Beschlussfassung empfiehlt.

Der Kreistag fasst folgenden Beschluss:

Beschluss Nr. 299:

Der Kreistag beschließt die Feststellung der Jahresrechnung 2013 des Landkreises Altenburger Land gemäß Anlage.

Abstimmungsergebnis:

Von den 47 beschließenden Mitgliedern des Kreistages waren zur Abstimmung 40 Mitglieder anwesend.

Der Beschluss wurde einstimmig gefasst.

KT-DS/0315/2019

TOP 7 Feststellung der Jahresrechnung 2014 des Landkreises Altenburger Land

Herr Gumprecht ruft die o. g. Drucksache auf.
Es gibt keine Fragen zur Vorlage.

Herr Tanzmann informiert, dass der Jugendhilfeausschuss die Annahme der Vorlage einstimmig empfiehlt.

Herr Zippel teilt mit, dass der Ausschuss für Schule, Kultur und Sport die Vorlage einstimmig zur Beschlussfassung empfiehlt.

Frau Klaubert informiert, dass der Ausschuss für Wirtschaft, Umwelt und Bau die Vorlage ebenfalls einstimmig empfohlen hat.

Herr Nündel informiert, dass auch der Finanzausschuss der Vorlage einstimmig zugestimmt hat.

Herr Prehl äußert, dass der Ausschuss für Soziales und Gesundheit die Annahme empfiehlt.

Herr Melzer teilt mit, dass der Kreisausschuss die Vorlage einstimmig zur Beschlussfassung empfiehlt.

Der Kreistag fasst folgenden Beschluss:

Beschluss Nr. 300:

Der Kreistag beschließt die Feststellung der Jahresrechnung 2014 des Landkreises Altenburger Land gemäß Anlage.

Abstimmungsergebnis:

Von den 47 beschließenden Mitgliedern des Kreistages waren zur Abstimmung 40 Mitglieder anwesend.

Der Beschluss wurde einstimmig gefasst.

KT-DS/0313/2019

TOP 8 Schlussbericht des Fachdienstes Rechnungsprüfung über die örtliche Prüfung der Jahresrechnungen 2013 und 2014 für den Landkreis Altenburger Land

Herr Gumprecht ruft die o. g. Drucksache auf und erklärt, dass über beide Jahre gesprochen werden kann, die Abstimmung im Anschluss jedoch getrennt nach den Jahren 2013 und 2014 erfolgen wird.

Es gibt keine Fragen zur Vorlage.

Herr Tanzmann informiert, dass der Jugendhilfeausschuss die Annahme der Vorlage einstimmig empfiehlt.

Herr Zippel teilt mit, dass der Ausschuss für Schule, Kultur und Sport die Vorlage einstimmig zur Beschlussfassung empfiehlt.

Frau Klaubert informiert, dass der Ausschuss für Wirtschaft, Umwelt und Bau die Vorlage ebenfalls einstimmig empfohlen hat.

Herr Nündel informiert, dass auch der Finanzausschuss der Vorlage einstimmig zugestimmt hat.

Herr Prehl äußert, dass der Ausschuss für Soziales und Gesundheit die Annahme empfiehlt.

Auch der Kreisausschuss empfiehlt die Vorlage einstimmig zur Beschlussfassung.

Herr Melzer erklärt sich für diesen TOP für befangen.

Der Kreistag fasst folgenden Beschluss:

Beschluss Nr. 301:

1. Die Landrätin und die Beigeordneten werden nach § 80 Abs. 3 Satz 2 ThürKO für das Haushaltsjahr 2013 auf Grundlage des Schlussberichtes entlastet.
2. Die Landrätin und die Beigeordneten werden nach § 80 Abs. 3 Satz 2 ThürKO für das Haushaltsjahr 2014 auf Grundlage des Schlussberichtes entlastet.

Abstimmungsergebnis:

Von den 47 beschließenden Mitgliedern des Kreistages waren zur Abstimmung 38 Mitglieder anwesend.

Der Beschluss zum Punkt 1 und zum Punkt 2 wurde jeweils einstimmig gefasst.

KT-DS/0316/2019

TOP 9 Fortschreibung des bestehenden Schulnetzplanes für die allgemein bildenden Schulen in Trägerschaft des Landkreises Altenburger Land (Zeitraum 2014 bis 2019) für den Planungszeitraum 2019 bis 2020

Der Vorsitzende ruft o. g. KT-Drucksache auf und übergibt das Wort an den Landrat.

Herr Melzer verweist in seiner Einführung auf die drei durchgeführten Regionalkonferenzen in Schmölln, Meuselwitz und Altenburg. Gesprächsschwerpunkte seien die Fortführung der Schulnetzplanung, die Auswirkungen des in der Erarbeitung befindlichen Schulgesetzes sowie Änderungsvorschläge des Landkreistages gewesen. Es habe sehr konstruktive Diskussionen und auch Vorschläge gegeben. In Auswertung dieser drei Diskussionsrunden sei vereinbart worden, dass schulartenweise die Gespräche weitergeführt werden, um zum Ziel zu kommen. Zwischenzeitig wurde durch das Kabinett der Schulgesetzentwurf bestätigt; gegenwärtig befinde sich dieser in der Anhörung im Landtag. Die Ideen des Landkreistages seien bis auf wenige Ausnahmen nicht berücksichtigt worden. Deshalb habe sich die Verwaltung in Abstimmung mit dem Ministerium verständigt, den bestehenden Schulnetzplan 1 Jahr fortzuschreiben. Jetzt müsste – in dem Wissen, dass im Mai das neue Schulgesetz im LT beschlossen wird – nach alter Schulgesetzgebung beschlossen werden und sobald das neue Gesetz da ist, gäbe es das Problem, dass mit der Schulnetzplanung neu begonnen werden müsste, begründet Herr Melzer seine Aussage. Diesen Weg wolle die Verwaltung nicht gehen, sondern es wird weiter Schulnetzplanung gemacht und

intensiv daran gearbeitet. Das Ziel wäre es, den neuen Schulnetzplan nach intensiver Diskussion im Oktober vom Kreistag bestätigen zu lassen. Er wiederholt den Vorschlag der Verwaltung, den bestehenden Schulnetzplan fortzuschreiben, weil sonst noch mehr Unsicherheit und Unruhe in die Gesamtsituation der Schullandschaft hineingetragen wird.

Der Vorsitzende übergibt als erstes das Wort an den Vorsitzenden der Fraktion DIE LINKE.

Herr Plötner bemerkt eingangs, dass der den KTM vorliegende Änderungs- bzw. Ergänzungsantrag nach intensiver Diskussion in der Fraktionssitzung entstanden ist. Im Folgenden möchte er die Beweggründe näher darstellen. Der Landkreis als Schulträger müsse einen konkreten Fahrplan haben, um einen neuen Schulnetzplan zu erarbeiten. Allein die Aussage, dass es „sowieso weiter bearbeitet wird“, reiche nicht aus. Es soll konkret verabredet und beschlossen werden, weil sonst wertvolle Zeit verloren geht. Wenn keine Veränderungen eingeleitet werden, werden die Probleme im schulischen Bereich nicht gelöst werden können. „Wir müssen ins Handeln kommen, um unsere Schulstandorte zu erhalten“, so Herr Plötner weiter. Die geplante Novelle des Thür. Schulgesetzes lasse genau diese kommunale Eigenständigkeit zu. „Nutzen wir also diese Chance.“ Nach der morgigen Anhörung im Thür. Landtag könne abgesehen werden, ob die Parameter für Klassen- und Schulgrößen im parlamentarischen Verfahren Bestand haben oder ob es noch Korrekturen geben wird. Aber wenn die Vorschläge des TLKT Realität werden würden, müssen neue Formen der kommunalen Zusammenarbeit unter den Schulen gefunden werden. Um die kommunalen Hausaufgaben zum Erhalt der Schulstandorte zu machen, lautet der erste **Ergänzungsvorschlag unter Pkt. 2:** *„Der Landrat wird beauftragt, sofort eine überfraktionelle Arbeitsgruppe zu berufen, die die derzeit vorliegenden Zahlen und Fakten zum Schulnetz einschließlich der Investitionsnotwendigkeiten analysiert. Bitte Mitte Mai 2019 ist ein konkreter Zeitplan zu unterbreiten, wie bis zum Kreistag Februar 2020 unter Einbeziehung einer breiten Öffentlichkeit (Eltern und Schülervertreter, GEW, Lehrerverband, ThüSac, u. a.) ein Entwurf einer Schulnetzplanung entstehen kann, der die neuen Möglichkeiten von Kooperationen gemäß Schulgesetz einschließt und damit die Eigenständigkeit unserer Schulen stärkt.“*

Vor allem könne man sich nicht dahinter verstecken, dass die Bedingungen aus Erfurt für unsere Probleme allein ursächlich sind. Das zeige allein die Tatsache, dass noch nie so viele neue Stellen bei Lehrerinnen und Lehrern geschaffen und ausgeschrieben wurden wie jetzt – und noch nie so viel in Bildung investiert worden ist wie jetzt. Um sicher zu gehen, dass der Landkreis weiterhin an diese zusätzlichen Investitionsgelder für die Schulen kommt, wird der **Punkt 3** zum Beschluss vorgeschlagen. *„Auf dieser Grundlage soll das Anmelden zusätzlicher Fördermittel des Landes Thüringen für Generalsanierungen von weiteren Schulen und Turnhallen ermöglicht werden. Der Landrat wird beauftragt, im Rahmen der nächsten Haushaltsplanung im Herbst 2019 Eigenmittel sicher zu stellen, um weitere im Kreistag verabredete Generalsanierungen vorzubereiten.“*

Es wäre eine Schande, wenn zusätzliche Millionen Euro für die Schulen nicht abgerufen werden können, weil Kreistag und Landkreis keine Idee haben, wie die Schullandschaft in Zukunft aussehen soll. Daher bittet er um die Zustimmung zu beiden Ergänzungsanträgen, so Herr Plötner abschließend.

Herr Schemmel beginnt seine Wortmeldung, indem er sich auf Herrn Heitsch als einen der traditionsreichsten und gestandendsten Landwirte im Altenburger Land bezieht. Herr Heitsch solle sich vorstellen, dass Herr Schemmel einen Antrag stellt und vorschlägt, dass die Altenburger Bauern die Aussaat dieses Jahr im Frühjahr aus-

bringen sollen. Anschließend kommuniziere er den Antrag und sage allen Leuten, dass er den Bauern diesen Tipp gegeben hat. Wenn dann im Herbst die Ernte eingefahren wird, könne er dann sagen, dass er einen Teil dazu beigetragen hat. Bezogen auf den Änderungs-/Ergänzungsantrag der LINKEN sei dies Populismus und deshalb würde er empfehlen, den Änderungsantrag der LINKEN abzulehnen.

Was den Punkt 2 betrifft – Bildung einer überfraktionellen Arbeitsgruppe – gebe es diese schon, nämlich den Schul-, Kultur- und Sportausschuss. Von der SPD-Fraktion seien im SKSpA zwei Bürgermeister aus Gemeinden vertreten, die eine Grund- bzw. Regelschule haben. Er gehe davon aus, dass diese „Fachmann“ genug sind und daher niemand aus den Reihen der anderen KTM, die diese Sachkenntnis evtl. nicht mitbringen, in diese AG gehen muss. Natürlich müssen die im Antrag der LINKEN aufgeführten Themen bearbeitet werden, aber genau wie die Bauern im Frühjahr aussäen werden, werde sich der Kreistag dieser Aufgabe stellen.

Er plädiert dafür, dem ursprünglichen Antrag der Verwaltung, der unabhängig vom Gesetzentwurf ist, zuzustimmen und den Änderungsantrag der LINKEN abzulehnen, so Herr Schemmel abschließend.

Der Vorsitzende erteilt dem Vorsitzenden der Fraktion Die Regionalen das Wort.

Herr Liefländer äußert, er habe vor dem Hintergrund der anstehenden Wahlen Verständnis für diesen Antrag des Landrates. Gleichwohl werde er einige kritische Anmerkungen machen. Man wisse, dass voraussichtlich im Mai das neue Schulgesetz verabschiedet wird. Der Antrag impliziere, dass bislang keine Vorarbeiten bzw. keine nennenswerten Vorarbeiten zur Erarbeitung der SNP gemacht worden sind, ansonsten würde heute etwas vorliegen. Er fragt, ob ernsthaft geglaubt wird, dass vor Mai eine fertige SNP auf dem Tisch liegen würde, wenn dem Antrag/Verschiebung heute nicht zugestimmt wird. Wenn allein schon an die Ausschussberatungen gedacht wird, die bis dahin noch stattfinden müssten, sei erkennbar, dass man längst hinter dem Termin zurückhängt. Seines Erachtens wäre es viel besser, sofort mit der neuen SNP zu beginnen, der LK sollte sich positionieren. Die vorläufigen Zahlen im neuen Schulgesetz seien bekannt und Anpassungen seien immer noch während des laufenden Verfahrens möglich. „Deswegen werde ich diesem Beschlussvorschlag nicht zustimmen, denn ich denke, wir müssen an die Aufgaben herangehen und das Verschieben bringt uns allen überhaupt nichts“, so Herr Liefländer.

Zum Antrag der LINKEN könne er nur Herrn Schemmel beipflichten, denn es gebe einen Schulausschuss und gerade als kleine Fraktion müsse er es ausgesprochen kritisch sehen, dass jede Einzelfrage dann noch in irgendeinem Unterausschuss oder in irgendeiner Arbeitsgruppe behandelt wird. Die Zahlen seien vom Landrat und von der Verwaltung zu erarbeiten und dem Schulausschuss vorzulegen und wenn dafür mehr als die regulären Sitzungen erforderlich sind, dann muss der Schulausschuss sich notfalls auch mal außer der Reihe treffen. Es gebe aber genügend Kapazität mit dem SKSpA, diese Fragen zu beantworten und zu behandeln.

Der Landrat erhält nochmals das Wort. Herr Melzer äußert an Herrn Liefländer gewandt, dass er dessen Aussagen nicht so stehen lassen könne, was die Arbeit zum SNP der vergangenen Monate betrifft. Es sei fast „ein Schlag ins Gesicht“ gegenüber dem FD Schulverwaltung. Seit Monaten arbeite die Verwaltung intensiv an der SNP, weil bekannt ist, dass im Februar/März die SNP auf den Weg gebracht werden muss. Er könne nicht dafür, dass jetzt ein Gesetzgebungsverfahren im Gange ist. Es seien immer Zahlen gefordert gewesen (Klassengrößen, Schulgrößen usw.). Diese werde es geben, aber verbindlich wahrscheinlich erst im Mai. Trotzdem arbeite man weiter an der Schulnetzplanung. Er verweist auf die durchgeführten Regionalkonferenzen und darauf, dass nicht allzu viele KTM anwesend waren. Die Verwaltung habe alles

intensiv aufgearbeitet und die Präsentationen zu den Regionalkonferenzen seien im Kreistagsinfosystem einsehbar. Mit dem Ministerium und dem Schulamt stehe man intensiv im Kontakt. Eine erste Beratung habe es mit den Regelschulen gegeben, im März folgen die Termine für Gymnasien und Grundschulen. Alle Fragen, die im Rahmen dieser Beratung aufgekomen waren (z. B. Mindestgrößen für Eingangsstufen, Was passiert, wenn die Schülerzahlen darüber hinausgehen - Zwangszuweisungen?) konnten seitens des Ministeriums bzw. des Schulamtes nicht beantwortet werden.

Zum Thema Kooperationen, die als Allheilmittel hingestellt werden, um alle Schulen zu erhalten – er kenne kaum einen Schulleiter, der damit etwas anfangen kann. Wenn dies unter Zwang passieren würde, was der Landkreis als Schulträger macht, dann gebe es ein richtiges Problem – das könne nicht gut gehen. Die Verwaltung sei sehr intensiv im Gespräch und versuche im Sinne unserer Schulen und der Qualität des Unterrichts im Altenburger Land, Lösungen zu finden. Der SNP könnte jetzt so beschlossen werden, wie er ist, aber wenn dann das neue Gesetz kommt, müsste ein neuer SNP gemacht werden. Er fragt, wo die Sicherheit der Eltern und der Schüler ist, was Schule im Altenburger Land betrifft – die sei nicht gegeben. Deshalb gibt es den Vorschlag der Verwaltung, die bestehende SNP um ein Jahr zu verlängern. Er versichert, dass weiter intensiv an der neuen SNP gearbeitet wird.

Als nächstes erhält Frau Fache von der Fraktion Die LINKEN das Wort. Sie äußert, dass sie unzufrieden mit der Debatte im Bildungsausschuss zu diesem Thema ist. Sie ist der Meinung, dass „wir“ selber eigene Ziele formulieren wollen, nämlich konkret sagen, was ist gewollt und welche Standorte sollen unabhängig von irgendwelchen Zahlen erhalten werden. Es gebe Standorte, die seien unstrittig und dann gebe es Sachen, wo von vornherein gesagt wird – es gibt Möglichkeiten, wenn sich die Zahlen ändern sollten oder so bleiben, dann werden aber Lösungen gesucht und es wird versucht, an jeder Stelle diese Lösung einzuklagen. Aber wenn wir nicht selber was machen – Herr Melzer habe vor Monaten schon gesagt, dass erst einmal ein eigener Plan gemacht wird und dann geschaut wird was kommt – dann entmündigen wir uns selber. In den letzten Jahrzehnten habe man das immer verhindert. Es habe unliebsame Entscheidungen gegeben, z. B. bei Treben, Windischleuba und Rositz. Das seien auch nicht immer leichte Entscheidungen gewesen, aber es waren lange Diskussionsprozesse mit allen Beteiligten. Wenn man sich ständig von Zahlen jagen lässt, dann gebe man das Wichtigste aus der Hand, nämlich die eigene Beschlussfähigkeit. Jeder wisse, dass sie immer für Standortsicherung eingetreten ist, unabhängig davon, welche Landesregierung es gerade gab. Auch da sei es umstritten gewesen und es habe Diskussionsprozesse im KT gegeben und ein großer Teil sei bis heute der Meinung, man hätte die kleinen Landschulen nicht erhalten sollen. Es sei auch legitim, dass man sich da äußert. Im Hinblick auf die Verlängerung äußert sie Bedenken, dass das vor sich hergeschoben wird. Die Bedenken seien nicht grundlos. Jeder, der dabei war, werde ihr vielleicht – wenn er ehrlich ist – Recht geben. Es gehe nicht nur um die Grund- und Regelschulen, sondern neu auch um die Gymnasien. Sie denkt, dass es ganz wichtig ist, dass klare Aussagen gemacht werden können – Die Standorte Meuselwitz und Schmölln sollen erhalten werden und dazu ist das und das erforderlich. Dazu müssen nicht irgendwelche Zahlen abgewartet werden. Dann müsse gesagt werden, dass das und das dazu gebraucht wird, auch an Investitionen und dann könne nicht abgewartet werden, bis irgendwelche Beschlüsse gefasst sind und die Verantwortung weggeschoben wird.

Bezüglich der Förderschulen äußert Frau Fache, dass sie sich sehr gefreut habe, dass die Stadt Altenburg und der Landkreis sich im Förderzentrum Erich-Kästner getroffen haben und sich auch die Stadt Altenburg für den Erhalt klar positioniert hat.

Sie würde sich freuen, wenn in Zukunft solche Informationen auch im Bildungsausschuss erläutert werden. Es könne nicht sein, dass man alles nur aus den sozialen Netzwerken erfährt.

Abschließend bittet Sie um Erläuterung, da geschrieben stehe, dass der „bildungspolitische Berater des Kreistages, Herr Lahr,“ an einer Veranstaltung teilgenommen habe.

Herr Melzer erklärt, dass Herr Lahr berufener Bürger im Ausschuss für Schule, Kultur und Sport ist.

Frau Fache entgegnet, dass niemand vom Schule-, Kultur- und Sportausschuss eingeladen gewesen sei.

(Der folgende Wortwechsel ist nicht verständlich, da nicht ins Mikrofon gesprochen wurde).

Dem Vorsitzenden der CDU-Fraktion, Herrn Tanzmann, wird das Wort erteilt.

Er kündigt an, dass die CDU-Fraktion dem Änderungsantrag der LINKEN nicht folgen wird, dafür aber dem Ursprungsantrag der Verwaltung. Er begründet dies damit, dass der Ursprungsantrag Planungssicherheit gebe, um weiter diskutieren zu können, da man sich noch in der Diskussionsphase befinde und das Schulgesetz noch nicht beschlossen ist. Er kommt auf den Vorschlag der Bildung einer Arbeitsgruppe zu sprechen. Es könne keine Arbeitsgruppe eingesetzt werden, die bis Mitte Mai etwas vorlegt, wenn die Grundlagen erst Ende Mai mit dem neuen Gesetz geschaffen werden. Zum Thema, welches Frau Fache angesprochen hat, führt Herr Tanzmann aus, dass sich die CDU-Fraktion in der Diskussion dafür einsetzen will, dass die bestehenden Schulstandorte auch erhalten werden. Dies sei der Anspruch. In diesem Sinne werde gehofft, dass – was die Anhörung im Landtag angeht – es noch zu weiteren Veränderungen im Schulgesetz kommt, damit es eine bessere Diskussionsgrundlage gibt, was die Schulstandorte angeht.

Herr Plötner geht nochmals auf die „Arbeitsgemeinschaftsfrage“ ein, da ja schon oft positiv auf diesen SKSpA Bezug genommen wurde. „Wenn der Ausschussvorsitzende öffentlich erklärt, dass er der Meinung ist, dass eigentlich jede zweite Schule im Landkreis „dicht“ machen müsste, weil die Landesgesetzgebung darauf abzielt“, so Herr Plötner, dann glaube er, dass es eine politische Überlagerung der Landespolitik ist, die hier vor Ort nicht gebraucht wird. Ob wirklich ernsthaft daran gearbeitet wird, jeden Schulstandort im Landkreis unter diesen Voraussetzungen zu erhalten, bezweifle er. Daher erschien der Fraktion DIE LINKEN das Instrument einer Arbeitsgemeinschaft durchaus sinnvoll.

Herr Zippel meldet sich zu Wort. Nach dieser „Aktion“ von Herrn Plötner müsse er etwas erwidern. An seinen Vorredner gewandt bemerkt er, dass er es als eine Frechheit ansieht, dem Schulausschuss bzw. ihm als Vorsitzenden vorzuwerfen, man würde eine sachliche Diskussion, die im Ausschuss immer geführt werde, politisch überlagern. Dies sei einfach nicht richtig. Der Landrat habe bereits darauf hingewiesen, die Verwaltung und auch die KTM seien an die geltenden Gesetze im Freistaat gebunden und müssen diese umsetzen. Wenn auf Landesebene ein Diskussionsprozess stattfindet und gesehen wird, dass sich ein Gesetz entwickelt, dann seien der Kreistag, der Fachausschuss und auch der Landrat angehalten, sich mit dieser Gesetzesthematik auseinanderzusetzen. Es wäre naiv, dies auszublenden; dies habe nichts mit Politik zu tun, sondern mit vernünftiger Planung.

Zur Äußerung von Frau Fache, der Ausschuss würde nicht genügend diskutieren, entgegnet Herr Zippel, dass im Ausschuss stundenlang zu diesen Thematiken disku-

tiert worden ist. Ferner werde von Seiten der Kreisverwaltung ausgiebig informiert, der Landrat habe jede Frage beantwortet und auch Gesprächspartner seien schon eingeladen worden, u. a. das Schulamt. Also zu behaupten, der Ausschuss würde nicht genügend beraten, finde er schon etwas frech. Er nehme die Kritik aber gern auf und bietet an, dass gern gesagt werden kann, wenn gewünscht wird, dass im Ausschuss eine bestimmte Art und Weise der Diskussion noch weiter ausgebaut werden soll. Er wird dann in Abstimmung mit dem Landrat gern eine entsprechende Einladung verfassen und im Ausschuss kann dann in aller Offenheit diskutiert werden. Auch dies sei ein Grund, dem vorliegenden Antrag des Landrates zuzustimmen, da die Zeit gebraucht wird und nichts „übers Knie gebrochen“ werden soll. Am morgigen Tag finde die Anhörung mit 60 Anzuhörenden zum Schulgesetz statt. Danach könne sich noch alles ändern. Im Moment wisse keiner, was von der Landesregierung noch kommt. Jetzt einen Beschluss zu fassen, der das ignoriert, sei kurzfristig und naiv.

Herr Scholz beginnt seine Wortmeldung mit dem Hinweis, dass viele KTM schon länger im KT sitzen und schon mehrere SNP sehr intensiv diskutiert worden sind. Wenn dann eine Beschlussfassung anstand, seien immer Aspekte wie z. B. Sanierungen vorgebracht worden und dann habe es eine politische Entscheidung gegeben. Er äußert, dass er voraussetzt, dass der Landrat sich mit seinen Mitarbeitern um Finanzierungsmittel für Sanierungen kümmert. Dies sei seine Aufgabe und es müsse nicht nachgefragt werden. Es gebe genug Mitarbeiter, die sich täglich damit beschäftigen und die Mitarbeiter haben ihre Aufgaben zu erfüllen. Dazu gehöre auch, dass sich die Mitarbeiter um Fördermittel kümmern. „Wir“ müssen auch dazu kommen, so Herr Scholz weiter, dass „wir“ den Mut haben sollten zu sagen, dass das Vorgeschlagene akzeptiert wird und die politischen Fragen nach hinten stellen, wenn Mitarbeiter vom Fach bzw. Direktoren aus den Schulen sich eine Meinung bilden, wie SNP aussieht. Vielleicht wäre das mal der richtige Weg und nicht immer die politische Entscheidung, dass alles erhalten werden soll. Das funktioniere nicht. Es könne nicht immer zu allem gesagt werden „Ja, es wird gemacht“, wenn die Kapazitäten und die finanziellen Mittel zur Verfügung stehen. Dieser Mut müsse aufgebracht werden. Das wird schwer sein, so Herr Scholz, und dann müsse man evtl. auch mal an einem Transparent vorbeigehen, was einem nicht gefällt. Er sei dafür, die Vorlage, so wie es der Landrat vorschlägt, anzunehmen.

Herr Schrade stellt die Frage in den Raum „Was will das Land – was will der Landkreis?“

Er unterstellt, dass das Land in erster Linie seine Lehrerproblematik lösen will. Der Landkreis und seine Kommunen wollen möglichst viele, wenn nicht sogar alle, Schulstandorte erhalten. Dies seien Interessenlagen, die nicht immer deckungsgleich sind. Insofern werde man sich „kabbeln“ müssen und der Vorschlag des Landrates sollte unterstützt werden, um sich Zeit zu verschaffen. Er verweist darauf, dass sich alle daran festhalten, dass Mindestschülerzahlen vorgeschlagen werden. Insofern mache das Schulgesetz – ohne dafür sprechen zu wollen – den Prozess der Schulnetzplanung objektiver, weil gewisse Vorgaben getroffen werden, über die man sich dann „streiten“ kann. Daher sei es gut, dass sich die Zeit gönnt wird. Ferner sehe der Gesetzesentwurf Ausnahmetatbestände vor. Daher könne auch nicht gesagt werden, dass sich das Land keine Gedanken gemacht hat. Über die Bemessung könne man unterschiedlicher Auffassung sein und darüber werde auch politisch im Land oder im Kreistag zu streiten sein.

Zur Thematik Schulversuch/Schulkooperationen habe er den Landrat zur Schulkonferenz in Schmölln so verstanden, dass er das Angebot macht, alle Standorte zu er-

halten, wenn sich die Akteure vor Ort auch bewegen. Insofern sollte das Angebot aufgegriffen werden und wenn das Gesetz dann beschlossen ist, sollte der Kooperationsgedanke in den Mittelpunkt gestellt werden, um Schulstandorte erhalten zu können. Er verweist auf das Beispiel Ponitz. Der Gesetzentwurf sollte genutzt werden und es sei auch wichtig, gegenüber dem Land hartnäckig zu bleiben, betont Herr Schrade abschließend.

Weitere Wortmeldungen gibt es nicht. Der Vorsitzende schließt die Rednerliste.

Er verweist auf den vorliegenden Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKEN, der drei Punkte beinhaltet. Der erste Punkt sei identisch mit dem Vorschlag des Landrates. Er fragt den Einreicher Herrn Plötner, ob über jeden der zwei weiteren Punkte einzeln abgestimmt werden soll.

Herr Plötner teilt mit, dass gern über den kompletten Antrag als weitergehenden Antrag der abgestimmt werden könne.

Dies sei nicht möglich, so der Vorsitzende, da der Änderungsantrag als ersten Punkt auch den Antrag des Landrates beinhaltet und bei einer Ablehnung auch dieser erste Punkt abgelehnt wäre.

Nach kurzer Diskussion und Rücksprache mit dem Leiter des Fachdienstes Recht, Herrn Boße, wird übereingekommen, dass über die Punkte 2 und 3 des Änderungsantrages einzeln abgestimmt wird.

Zunächst wird über den Punkt 2 des Änderungsantrages abgestimmt:

Mit 9 Ja-Stimmen bei 31 Nein-Stimmen findet der Punkt 2 des Antrages keine Mehrheit und ist abgelehnt.

Der Vorsitzende lässt über den Punkt 3 des Änderungsantrages abstimmen:

Mit 9 Ja-Stimmen bei 29 Nein-Stimmen und 2 Stimmenthaltungen findet der Punkt 3 des Änderungsantrages ebenfalls keine Mehrheit.

Es folgt die Abstimmung über den eingereichten Antrag des Landrates – KT-DS/0316/2019. Herr Gumprecht verliert den Beschlussvorschlag.

Der Kreistag fasst folgenden Beschluss:

Beschluss Nr. 302:

Der mit Schreiben vom 11.März 2014 des Thüringer Ministeriums für Bildung, Wissenschaft und Kultur genehmigte Schulnetzplan für die allgemein bildenden Schulen in Trägerschaft des Landkreises Altenburger Land, Zeitraum 2014 bis 2019, wird für den Zeitraum vom 01. August 2019 bis zum 31. Juli 2020 unverändert fortgeschrieben.

Die Fortschreibung wird dem Thüringer Ministerium für Bildung, Jugend und Sport zur Zustimmung vorgelegt.

Abstimmungsergebnis:

Von den 47 beschließenden Mitgliedern des Kreistages waren zur Abstimmung 40 Mitglieder anwesend.

Der Beschluss wurde einstimmig gefasst.

Im Nachgang der stattgefundenen Diskussion verweist Herr Gumprecht auf die Geschäftsordnung des Kreistages. Diese besage, dass jedes Mitglied des Kreistages an jeder Ausschusssitzung teilnehmen kann. Die Ausschusssitzungen werden öffentlich im Amtsblatt bekannt gemacht und die Termine stehen ebenfalls im Kreistagsinformationssystem. Damit sei eine ausreichende Informationsmöglichkeit für jedes KTM gegeben, so Herr Gumprecht abschließend.

KT-DS/0317/2019

TOP 10 2. Vereinbarung zur Änderung der Vereinbarung vom 28. Januar 2016 mit dem Tourismusverband Altenburger Land e. V.

Herr Gumprecht ruft die o. g. Drucksache auf.

Herr Wolf erklärt sich als 1. Vorsitzender des Tourismusverbandes gemäß § 7 der Geschäftsordnung für befangen.

Herr Melzer erklärt, dass 2015 und 2016 der Tourismus im Altenburger Land umgestellt und durch Finanzierungsvereinbarungen (zwischen dem Verband und dem Landkreis sowie zwischen dem Verband und der Stadt Altenburg) abgesichert wurde. Der Verband wurde beauftragt, die touristischen Marketing- und Serviceleistungen zu organisieren. Die Arbeitsgemeinschaft Leipziger Verlags- und Druckereigesellschaft mbH & Co. KG (LVDG) und Maxity Deutschland GmbH erhielt in einer europaweiten Ausschreibung den Zuschlag für die Jahre 2017 - 2019. Voraussetzung war die Schaffung einer Geschäftsstelle.

Des Weiteren wurde vereinbart, dass die Möglichkeit besteht, nach Ablauf der drei Jahre eine Option der Verlängerung um jeweils ein Jahr (bis max. 2022) zu ziehen. Gemäß der Vereinbarung muss man sich nun bis März 2019 im Vorstand verständigen, wie weiter verfahren werden soll. Im Januar 2019 gab es ein Anschreiben des Vorsitzenden des Tourismusverbandes mit der Bitte, die Finanzierung zu verlängern, um eine Sicherheit für die nächsten Jahre zu haben. Es soll deshalb heute die Planungssicherheit für die nächsten drei Jahre für den Verband beschlossen werden. Die entsprechende Entscheidung für die Zukunft des Tourismus im Altenburger Land wird dann im März im Tourismusverband fallen.

Herr Plötner merkt an, dass zu dieser Vorlage in der Fraktion DIE LINKE viel diskutiert wurde. Er führt aus, dass es einerseits sehr wichtig ist, dass die touristische Vermarktung konsequent fortgeführt werden kann und Planungssicherheit besteht, gleichwohl sehr viel Kritik am Geschäftsbesorger besteht. Er äußert, dass nicht alle Aufgaben zur Zufriedenheit erledigt werden und nicht umfassend auf konstruktive Kritik reagiert wird. Die Fraktion war sich einig, dass es ein gewisses Informationsdefizit gibt. Deswegen regt er an, den Beschlussvorschlag zu ergänzen, „dass der Tourismusverband Altenburger Land e. V. jährlich dem Kreistag über seine Tätigkeiten und die Mittelverwendung berichtet.“ So wird das nötige Maß an Transparenz erreicht. Er bittet um die Ergänzung.

Herr Neumann meldet sich zu Wort und stellt nach kurzer Rücksprache mit Herrn Boße ebenfalls seine Befangenheit gem. § 7 Geschäftsordnung fest.

Herr Tanzmann bezieht sich auf den Antrag von Herrn Plötner und schlägt vor, dass zur nächsten Kreistagsitzung am 03. April 2019 von den verantwortlichen Akteuren

umfangreich über das bereits Geschehene und das noch Geplante berichtet wird. Er fragt, ob dann der Antrag der Fraktion DIE LINKE noch nötig ist.

Herr Plötner würde es begrüßen, wenn die Berichterstattung bereits in der nächsten Kreistagssitzung erfolgen würde. Jedoch ist dann noch immer nicht abgesichert, dass die Kreistagsmitglieder jährlich informiert werden. Der Tourismusverband soll in die Pflicht genommen werden, nicht der Geschäftsbesorger.

Herr Boße weist auf eine Regelung im Vertrag (Seite 3, § 4 Abs. 2 Nr. 9 + 10) hin. In der Finanzierungsvereinbarung ist bereits geregelt, dass der Tourismusverband dem Landkreis statistische Daten und einen Jahresbericht geben muss.

Herr Gumprecht verweist auf das Informationsmaterial des Tourismusverbandes in den Mappen der Kreistagsmitglieder. Herr Gumprecht weist darauf hin, dass Änderungsanträge schriftlich vorliegen müssen und sich Herr Plötner vorher das Informationsmaterial anschauen soll.

Herr Tanzmann appelliert an die Fraktion DIE LINKE den Antrag nicht zu stellen, da der Bericht stattfinden wird.

Herr Plötner stimmt diesem Verfahren zu und kündigt an, dass zum nächsten Kreistag ein Antrag vorbereitet wird, der gleiches nochmals einfordert.

Weitere Wortmeldungen zu diesem Tagesordnungspunkt gibt es nicht.

Herr Zippel informiert, dass der Ausschuss für Schule, Kultur und Sport die Annahme der Beschlussvorlage empfiehlt.

Herr Nündel teilt mit, dass auch der Finanzausschuss der Vorlage zugestimmt hat.

Frau Klaubert informiert, dass der Ausschuss für Wirtschaft, Umwelt und Bau die Vorlage noch nicht vorliegen hatte und deshalb nicht abgestimmt hat.

Herr Melzer äußert, dass der Kreisausschuss die Vorlage mit 4 Ja-Stimmen bei einer Stimmenthaltung zur Beschlussfassung empfiehlt.

Der Kreistag fasst folgenden Beschluss:

Beschluss Nr. 303:

Der Kreistag beschließt die Finanzierungsvereinbarung zwischen dem Tourismusverband Altenburger Land e. V. und dem Landkreis Altenburger Land gemäß Anlage.

Abstimmungsergebnis:

Von den 47 beschließenden Mitgliedern des Kreistages waren zur Abstimmung 38 Mitglieder anwesend.

Der Beschluss wurde einstimmig gefasst.

Altenburg, den 22.03.19

Der Vorsitzende

Die Schriftführerinnen

Christian Gumprecht
Vorsitzender des Kreistages

Kerstin Gabler Katleen Kamprad
Büro des Kreistages